6620/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Mag. Dr. Maria Fekter
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Insolvenzdatenbank des Justizministeriums

Auf Basis des Insolvenzrechtsänderungsgesetzes 1997 beabsichtigt das Bundesministerium für Justiz ab 1. Jänner 2000 alle Nachrichten über Insolvenzen, die derzeit via Internetausgabe der Wiener Zeitung gratis veröffentlicht werden, über die ressorteigene Insolvenzdatenbank gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen.

Die Bundesregierung zielt grundsätzlich auf eine Gratisversorgung der interessierten Bevölkerung mit Rechtsinformationen ab, wie zum Beispiel mit RIS. Das Bundesministerium für Justiz gestaltet die Informationsnachfrage bei der Insolvenzdatenbank nun gebührenpflichtig. Da die Veröffentlichung in der Wiener Zeitung mit Einführung dieser Datei wegfällt, erwartet sich die Wirtschaft damit eine Verbilligung.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Wie hoch sind die Kosten für die für 1.1.2000 geplante Einrichtung und den laufenden Betrieb inkl. Wartung der Insolvenzdatenbank im World - Wide - Web?
2. Wie hoch werden die Gebühren für die Informationsnachfrage bei der Insolvenzdatenbank sein?
3. Woher stammen die Daten, die in der Insolvenzdatenbank veröffentlicht werden?
4. Welche Vorteile bringt diese Neueinführung für die künftigen User dieser Datenbank?
5. Welche Vorteile bringt sie für die Veröffentlichungspflichtigen?
6. Wie erlangen jene, die keine EDV - unterstützte Anlage besitzen, Kenntnis über Veröffentlichungen?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.